



„Nur jeder zweite Bildungseuro erreicht die Schule tatsächlich“

Reformen. Hannes Androsch ortet riesige Ineffizienzen im Bildungssystem und plädiert dafür, die Schulbürokratie der Länder völlig auszuschalten.

[WIEN/JU] Riesige Ressourcenverschwendungen ortet der Industrielle Hannes Androsch im heimischen Bildungssystem: Bei den international gesehen sehr teuren - österreichischen Schulen komme nur jeder zweite für sie ausgegebene Euro wirklich an. Der Rest verackere in einer völlig aufgeblähten Bürokratie, sagte Androsch im Gespräch mit der „Presse“.

An den Universitäten äußere sich die schlechte Organisation in stark überhöhten Drop-out-Raten und langen Studienzeiten. Androsch: „Von denen, die im Jahr 2000 zu studieren begonnen haben, haben bisher 43 Prozent einen Abschluss. Mehr als die Hälfte ist ausgeschieden oder studiert noch.“

Solche Fehlallokationen könne sich die heimische Wirtschaft, die ohnehin schon Probleme habe,

ausreichend qualifizierte Mitarbeiter zu bekommen, nicht leisten, meinte der Industrielle. Er höre von seinen Kollegen jedenfalls zunehmend Klagen, dass es schwieriger werde, qualifiziertes Personal zu bekommen. Gravierend sei vor allem der Mangel an ausgebildeten Naturwissenschaftlern und Technikern.

Die Gegenstrategie, die Androsch vorschwebt: Eine dramatische Entbürokratisierung des Schulwesens und entweder mehr Geld oder striktere Zugangshürden für die Universitäten.

Im Schulwesen möchte Androsch, der gerade ein Bildungsvolksbegehren promotet, die Zahl der Verwaltungsebenen von fünf auf zwei reduzieren, was den politischen Einfluss der Länder ausschalten würde. Denn „das Landes-

lehrersystem ist Unfug“. Und er möchte den Einfluss der Lehrergewerkschaft auf Postenbesetzungen im Schulbereich kappen: „Personalentscheidungen sind Managemententscheidungen, das entscheidet in der Privatwirtschaft auch nicht der Betriebsrat.“

Den derzeit stark blockierenden Lehrergewerkschaftern empfiehlt Androsch, „etwas für die Zukunft des Landes zu tun“ - oder in Pension zu gehen.

Kern jedes Bildungskonzepts müsse der Rückzug der Politik sein: Dass wir derzeit in manchen Orten „nur deshalb zwei Schulen haben, damit es einen roten und einen schwarzen Direktorenposten gibt“, sei „teurer Unsinn“. Ziel müsse größtmögliche Autonomie für die einzelnen Schulen bei gleichzeitig konsequenter Qualitätskontrolle sein. Was bedeutet, „dass man Direktoren und Lehrer wie in der Privatwirtschaft umstandslos austauschen können muss, wenn dies notwendig ist“.

Wie berichtet geht das Bildungsvolksbegehren von der Einrichtung einer Gesamtschule der 10- bis 15-Jährigen aus. Androsch will angesichts politischer Widerstände gegen dieses Modell daraus aber kein Glaubensbekenntnis machen: Wer unbedingt anderes wolle, solle Wahlfreiheit haben. Spielentscheidend sei, dass das Bildungsniveau insgesamt angehoben werde.

Von der derzeitigen Bildungsdiskussion - etwa dem Aufsteigen mit mehreren Nicht genügend - hält der Industrielle nicht viel: Es fehle das Gesamtkonzept. Androsch: „Da spielt man mit einzelnen Legosteinen, ohne zu wissen, wie das Gebäude, das man damit baut, aussehen soll.“

Eurokrise: „Politik versagt“

Politische Konzeptlosigkeit ortet der Ex-Finanzminister aber nicht nur bei der Bildung: Wie die Politik mit der Griechenland-Krise umgehe, sei „katastrophal“, meinte Androsch. Jeder wisse, dass Griechenland ohne Schuldennachlass - in welcher Form auch immer - nicht sanierbar sei. Aber niemand handle danach. Das gefährde den Euro viel mehr als das griechische Schuldendesaster selbst und berge die Gefahr, dass „Europa zur Bedeutungslosigkeit absinkt“.

In der Zwischenzeit habe man den Karren so verfahren, dass man einen Teil des Problems schon bei der Europäischen Zentralbank (sie ist einer der Großgläubiger Griechenlands) lösen müsse.



Hannes Androsch: „Das Landeslehrersystem ist Unsinn.“